

Vorsicht vor zu viel Parteiideologie

Die Stärke der Schweizer Politik ist ihr Pragmatismus, auch wenn er nicht immer spielt. Neuerdings droht allerdings eine parteiideologische Blockade in der Familienpolitik.

Familie – Entscheid gegen Mittelstand

Alle familienpolitischen Initiativen der letzten Monate erlitten Schiffbruch. Nun sprach sich der Nationalrat gegen die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» der CVP aus. Insbesondere die SVP kalkulierte parteipolitisch, als sie sich weigerte, der Entlastung der Mittelstands-Familien zuzustimmen. Die CVP soll nicht als Partei der Familien und des Mittelstands gelten, koste es, was es wolle. Auch die SP dürfte parteitaktisch gedacht haben. Dass vor allem der Mittelstand profitieren würde und nicht nur die weniger Begüterten, löst bei ihr einen Anti-Reflex aus: Was mir nicht nützt, sollen auch die anderen nicht haben. Dabei geht es hier

um jene Bevölkerungsgruppe, die keine Sozialleistungen bezieht und trotzdem am Ende des Monats noch genug Mittel haben sollte, damit sich ihre Familien selbst verwirklichen können. Bei der FDP wiederum sind Steuererleichterungen offensichtlich nur für die Wirtschaft denkbar. Der Mittelstand ist aber jene Bevölkerungsschicht, welche die KMU trägt. Deshalb kann KMU-Politik und Familienpolitik nicht getrennt werden.

Agglomerationen – Support mit Augenmass

Der Nationalrat hat die Freigabe der Mittel aus dem Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr genehmigt. Im Wallis profitiert nicht nur das Chablais davon, sondern auch das Agglomerationsprogramm Brig-Visp-Naters. Es erhält für die Periode 2015–2018 rund 78 Millionen Franken, 35 Prozent der Gesamtkosten. Zu den eingereichten Projekten gehören u. a. der Ausbau eines ÖV-Hubs mit Postauto und Matterhorn Gott-

hard Bahn, die Begegnungszone Bahnhof Brig, die Aufwertung des Gliser Dorfkerns, der Zugang von Naters zum Bahnhof sowie das Busnetz von Visp und Umgebung. Selbstverständlich ist der Entscheid nicht. Brig-Visp-Naters gehört zu den kleinsten noch unterstützten Agglomerationen. Doch wichtig ist das Zeichen des Bundes in jedem Fall: Mit der Stärkung der regionalen Zentren soll eine Stärkung der gesamten Region initiiert werden, ohne mit der Giesskanne zu hantieren.

Lex Koller – Gegen Zwängerei

Bis vor Kurzem schien es noch möglich, die Lex Koller abzuschaffen. Nun schwingt das Pendel in die andere Richtung. Immerhin konnte der Ständerat in dieser Session Verschärfungsabsichten der Linken abblocken. Aber die Situation bleibt unbefriedigend. Mit einem Postulat wollte ich die Räte zumindest dazu bewegen, den wirtschaftlich angeschlagenen Tourismus-

und Bergregionen etwas entgegenzukommen. Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von über 20 Prozent sollten nicht mehr zwischen einheimischen und ausländischen Investoren unterscheiden müssen. Damit hätten sie den ihnen verbleibenden engen Spielraum besser ausnützen können. Bundesrat und Mehrheit des Nationalrats stellten sich jedoch dagegen. Leider. Immerhin ist es mir gelungen, für einmal die SVP zu überzeugen. Nun, die Partei kann also auch pragmatisch vernünftig sein, wenn sie will...

Session im Wallis – das wars

Apropos Pragmatismus: Leider musste der Rat die schöne Idee einer Session der eidgenössischen Räte im Wallis beerdigen. Nachdem zuerst ein Vorstoss von Yannick Buttet im Nationalrat angenommen und im Ständerat wieder verworfen wurde, stimmte die kleine Kammer einer Initiative des Genfer Ständerats Robert Cramer zu, die das

selbe wollte. Streng genommen hatten also bereits beide Räte zugestimmt. Das darf als Erfolg für das Wallis gedeutet werden. Oder sagen wir besser, als Teilerfolg. Denn in der Zwischenzeit ist so viel Zeit verloren gegangen, dass sich der Staatsrat ausserstande sah, fürs nächste Jahr zusätzlich zu den geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten noch einen solchen Grossanlass durchzuführen. Da wir Walliser ja nie was Halbpatziges machen, habe ich den Antrag auf Annahme der Initiative Cramer zurückgezogen. Allerdings schweren Herzens. Denn eine solche Chance werden wir nicht so schnell wieder erhalten.



Nationalrätin
Viola Amherd